

HERBERT NIEMANN

Ist der Kapitalismus unumkehrbar am Ende? Die Zinsfalle hat zugeschnappt

Liberté, égalité, fraternité – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – war das Losungswort der französischen Revolution. Im Blickfeld stand die Abschaffung der überkommenen Gesellschaftsordnung mit ihren ständischen Privilegien, der sozialen und politischen Vorherrschaft des Adels, basierend auf feudalen Eigentumsrechten. In der Erklärung der »Rechte des Menschen und des Bürgers« der französischen Nationalversammlung von 1789 hat dieses Ziel seinen die Zeiten überdauernden Ausdruck gefunden. Dort heißt es in Artikel I: »Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es. Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen«. Gemeint ist nichts anderes als die Abschaffung jedweder Form einer auf Privilegien und Besitzständen beruhenden Klassengesellschaft. Der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sollte ein Ende gesetzt werden. So findet der Freiheitsbegriff dort seine Grenzen, wo das Gemeinwohl beeinträchtigt wird. »Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was anderen nicht schadet« (Artikel IV).

Aus heutiger Sicht besteht Einigkeit darin, daß Sklavenherrschaft und Feudalismus mit den allgemeinen Menschenrechten unvereinbar sind. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte, daß der Kapitalismus als menschenverachtendes Ausbeutungs- und Machtinstrument während der Zeit der französischen Revolution nicht kritisch attackiert und an den Pranger gestellt wurde, sondern in der Folgezeit geradezu als Gegenbewegung zum Feudalismus einen nie gekannten Aufschwung erlebt hat. Die von der Kredit- und Zinswirtschaft dominierte kapitalistische Eigentums- und Produktionsweise aber geht in ihrer Entwicklung zwangsläufig mit der Ausbeutung und Entrechtung aller jener einher, die an den Vergünstigungen und Privilegien des Geld- und Sachkapitals und den daraus fließenden mühelosen Einkünften nicht teilhaben.

Der ausbeuterische Charakter des Kapitalismus als ökonomischem System entspringt unvermeidlich seinen wesenseigenen Funktionsmechanismen. Von seinen Protagonisten wird suggeriert, Kapitalismus heiße im wesentlichen nichts anderes, als wirtschaftliche Aktivitäten privaten Personen – Unternehmern – zu überlassen und diese von Zwang und Gängelei durch den Staat zu befreien. Dies aber ist nur eine – immer wieder in den Vordergrund gerückte – Seite, die das System als dem menschlichen Freiheitsdrang besonders entgegenkommend schmackhaft machen soll.

Herbert Niemann –
Jg. 1924; Jurist, langjährige
Tätigkeit in der Sozialversi-
cherung, veröffentlichte u.a.
»Zur Zukunft und Sicherheit
von Renten- und Versor-
gungsansprüchen« und
»Wohnungskatastrophe.
Ursachen und Auswege«,
zuletzt in »UTOPIE kreativ«
Nr. 52 (Februar 1995):
»Kein Licht im Tunnel. Die
wachstumzehrende Wir-
kung des Zinses und ihre
Folgen«.

»Die Erbringung der in der Zinsforderung an den Schuldner gestellten zusätzlichen Eigentumsforderung erzwingt die Produktion von mehr Eigentum als durch den Kreditvertrag zeitweilig in seinen Besitz gelangt ist. Die aus der Liquiditätsprämie auf Eigentum resultierende Zinsforderung erzwingt mithin einen Überschuß in der Produktion – den Profit. Dieser zinsgeborene Profit ist es, der die für die Eigentumswirtschaft typische Akkumulation möglich macht. Die Eigentumswirtschaft gewinnt ihre Dynamik mithin aus der permanenten Umwandlung der Liquiditätsprämie in vom Schuldner zu schaffendes Zusatz-eigentum.«

Gunnar Heinson: Muß die abendländische Zivilisation auf immer unerklärbar bleiben? Patriarchat und Geldwirtschaft, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 233.

»Die Kreditierung der Staatsschuld erfolgt nicht gleichmäßig durch alle Bevölkerungsteile, sondern vor allem über die Geldvermögen der Reichen und Bezieher relativ hoher Einkommen. Die Staatsschulden und die hierfür bezahlten Zinsen sind eine der wichtigsten Quellen für den sprunghaften Anstieg der Vermögenseinkommen in den letzten 20 Jahren. Die leistungsunabhängigen Vermögenseinkommen wuchsen von 1970 bis 1992 auf mehr als das achtfache, von 23,4 Mrd. DM auf 200,9

Eigeninitiative, Entschlußfreudigkeit und Risikobereitschaft werden dem System in hervorragender Weise zugeschrieben.

Allerdings sind wirtschaftliche Aktivitäten – gleich ob privater oder staatlicher Art – ohne Bereitstellung der jeweils erforderlichen Finanzmittel nicht möglich. So erweist sich denn Kapitalismus bei genauer Betrachtung vornehmlich als eine spezielle Finanzierungsform, mit der alle dieser Wirtschaftsordnung zugeschriebenen förderlichen Eigenschaften verquickt sind. Nur wenn, aber auch nur solange das auf das zinserscheidende Verleihen von Geld als Kapital gegründete Finanzierungsmodell funktioniert, kommen auch die »positiven« Eigenschaften zum Tragen.

Private Unternehmer beschaffen sich die Mittel zur Finanzierung ihrer Investitionen vor allem über Einlagen von Geldkapitalbesitzern oder über Kredite von Kapitalsammelstellen. Die Finanzmittel werden mit der Verpflichtung überlassen, daß dafür Zinsen gezahlt werden. Die Kapitalanleger können auf diese Weise über die Kapitalisierung der ihnen zufließenden Zinseinnahmen ihr Vermögen immer weiter vergrößern: Die Reichen werden also ohne eigene, dem erzielten Einkommen entsprechende produktive Arbeit immer reicher. Es handelt sich bei dieser Art von Vermögenszuwachs im wahrsten Sinne des Wortes um mühelose Einkünfte. Um die Geldvermögensbesitzer zur Kapitalanlage zu stimulieren, werden neben einfach verzinsten Investitionskrediten immer neue Arten der Anlageformen mit Aussicht auf besonders hohe Gewinne erfunden, wie Aktien, Optionen, Investmentfonds usw.

Es darf nicht verwundern, daß in einem auf der Kapitalisierung von privatem Geldvermögen aufbauenden Finanzierungssystem sich das Steuerrecht in den Dienst der Kapitaleigner stellt, um unter dem Vorwand der Investitionsförderung den Anreiz zur Kapitalansammlung und -anlage zu erhöhen. Was den Kapitalanlegern an steuerlichen Privilegien und Vergünstigungen zufällt, wird als Steuerlast der breiten Masse der Lohnsteuerzahler und Verbraucher aufgebürdet. Deren steuerliche Belastung steigt entsprechend, was zwangsläufig Rückwirkungen auf Kaufkraft und Nachfrage haben muß.

Die Lohnsteuerzahler werden auf diese Weise doppelt zur Kasse gebeten. Um die zur Bedienung der Zinsersparungen notwendigen Gewinne realisieren zu können, versuchen die Investoren, die Zinslasten auf die Verbraucher abzuwälzen. Soweit dies gelingt, muß der Lohnsteuerzahler für die auf ihn abgewälzten Zinsen und die von ihm zu bezahlenden Steuervorteile der Kapitalanleger aufkommen. Am augenfälligsten ist dies bei der Wohnbaufinanzierung, wo steuerfinanzierte Subventionen für den Bauherrn und hohe Mieten deutlich machen, wer vom kapitalistischen Finanzierungssystem profitiert und wer von ihm ausgebeutet wird (vgl. »Wohnungskatastrophe. Ursachen und Auswege«, in: Sozialismus, 2/94 und Pressemitteilungen zum WSI-Verteilungsbericht 1995 vom 8. Dezember 1995).

Mit immer neuen, fremdfinanzierten Investitionen wächst die Summe der laufend fällig werdenden Zinsen und zinsähnlichen Aufwendungen für die Betriebe unaufhörlich an. Je höher das Ausmaß der Zinslasten der Betriebe, desto höher ihre Krisenanfäll-

ligkeit. Dies gilt besonders dann, wenn wegen zurückgehender Kaufkraft die Zinslasten auf die Verbraucher nicht mehr abgewälzt werden können.

Untersuchungen der Deutschen Bundesbank zufolge liegt die Eigenkapitalausstattung der Betriebe in Ostdeutschland mit 12,5 Prozent noch erheblich unter der der westdeutschen von derzeit 17,5 Prozent (Der Tagesspiegel vom 11. Oktober 1995). Die Unterversorgung mit Eigenkapital hat für die betroffenen Betriebe hohe Zinslasten zur Folge. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen können von den Betrieben wie allen sonstigen Kreditschuldnern ohne Substanzeinbußen nur bedient werden, wenn ein entsprechendes Wachstum an Gewinnen bzw. Einkommen erzielt wird. Je höher die die gesamte Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten, desto höher das erforderliche Wirtschafts- und Einkommenswachstum. Erreicht das volkswirtschaftliche Wachstum nicht mehr die zur Bedienung der Zinsen erforderliche Höhe, ist der Verfall von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nicht mehr aufzuhalten (vgl. »Kein Licht im Tunnel. Die wachstumszehrende Wirkung des Zinses und ihre Folgen«, in: UTOPIE kreativ, Heft 52).

Hier zeigt sich eine allgemeine, alle kapitalistischen Länder in gleicher Weise betreffende Problematik, die – wegen der internationalen Verflechtung aller Volkswirtschaften – auch nur weltweit einheitlich gelöst werden kann. In der Zinsmechanik und ihren Folgen liegt der »Knackpunkt« des kapitalistischen Systems. Die Fremdfinanzierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten muß am Ende wegen Unerreichbarkeit der erforderlichen Wachstumsraten immer zum Zusammenbruch der finanziellen Basis des kapitalistischen Systems führen. Da hilft es auch nichts, wenn man dem Kind einen anderen Namen gibt und anstelle von Kapitalismus von sozialer Marktwirtschaft spricht. Dieser Ausdruck wurde nur gewählt, um Assoziationen mit dem aus der Vergangenheit übelbelebten und mit sozialem und wirtschaftlichem Niedergang verbundenen Begriff zu vermeiden. Etwas Neuartiges wurde damit freilich nicht erfunden.

Voraussetzung für eine gleichmäßige, störungsfreie Entwicklung aller Betriebe sind einheitliche Wettbewerbsbedingungen. Das größte Hindernis hierbei sind die unterschiedlichen Fremdmittelanteile der Unternehmen und die daraus resultierenden unterschiedlichen Zinsbelastungen. Sie entziehen sich naturgemäß jeder Wettbewerbskontrolle und -regulierung. In einem immer enger werdenden Markt und einem immer härter werdenden Kampf um Marktanteile führt dies dazu, daß die kapitalstarken Unternehmen zusammen mit der Bankenmacht einen immer größer werdenden negativen Einfluß auf die weniger kapitalstarken Betriebe ausüben. Am Ende können diese nicht mehr mithalten. Sie geben auf oder werden geschluckt. Die Konzentration und Monopolisierung der Wirtschaft nimmt zu.

In den letzten Jahrzehnten hat die Verschuldung der kapitalistischen Volkswirtschaften ein solches Ausmaß erreicht, daß nunmehr die zum Ausgleich der Zinslasten erforderlichen Wachstumsraten weltweit nicht mehr erreicht werden können. Ein Weiteres und Wichtiges kommt hinzu: Während das zum Ausgleich der Zinsla-

Mrd. DM, damit auch mehr als doppelt so schnell wie das Volkseinkommen.«
Joachim Bischoff, Klaus Steinitz: Schuldenexplosion – eine Zukunftsbedrohung?
In: Sozialismus, 2/1994, S. 34.

»Private Geldvermögen (müssen) durch öffentliche Einrichtungen bedient werden, weil private Schuldner – Unternehmen, die Profite

aus produktiven Anlagen produzieren, und nicht selbst zur Klasse der Geldvermögensbesitzer gehören – ein nicht genügendes Mehrprodukt zur Befriedigung der Zinsansprüche produzieren.«

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 177.

»Das Phänomen der Käufermärkte (die ‚Unterkonsumtion‘ oder das Skandalon voller Regale bei gleichzeitiger Bedürftigkeit) erklärt sich daraus, daß auf jeder Güterproduktion und jedem Geldstück, das in den Umlauf kommt, ein Zinsanspruch haftet. Der Wert der verkauften Güter muß insgesamt immer höher sein als die Löhne und Gehälter, die für ihre Produktion nötig waren. Die Güterpreise müssen sich also so bilden, daß die Güter insgesamt nicht mit den Lohneinkommen gekauft werden können, die für ihre Herstellung verausgabt wurden.«

Waltraud Schelkle: Motive ökonomischer Geldkritik, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 40/41.

sten erforderliche Wachstum zwar zu erhöhter Produktion führt, entsteht auf der Verbraucherseite trotz entsprechendem Lohnzuwachs keine höhere, die gesteigerte Produktion absorbierende Nachfrage. Hier werden lediglich die vorhandenen Zinslasten ausgeglichen. Mit steigender Zinslast hinkt deshalb die Nachfrage unabwendbar immer mehr der Angebotsseite hinterher.

Nach einschlägigen Berechnungen (vgl. UTOPIE kreativ, Nr. 52) müßte derzeit zum Ausgleich der betrieblichen Zinslasten in der BRD mindestens ein jährliches gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,6 Prozent erreicht werden. Um auch die auf der Nachfrage-seite vorhandenen Zinslasten auszugleichen, müßte auch der Reallohn jährlich um mindestens 3,6 Prozent wachsen. Dies reicht aber noch nicht aus, wenn auch das aus der Produktionssteigerung resultierende größere Warenangebot abgesetzt werden soll. Zu diesem Zweck müßte das Lohnwachstum zusätzlich real um weitere 3,6 Prozent zulegen. Soll dieses Lohnwachstum ohne Belastung der Gewinne auf der betrieblichen Seite erbracht werden, wäre hierzu ein weiteres betriebliches Wachstum von 3,6 Prozent erforderlich. Das Produktionswachstum müßte somit insgesamt mindestens 7,2 Prozent betragen und in der Folgezeit (aufgrund mathematischer Gesetzmäßigkeiten) fortwährend weiter steigen. Dies erfordert aber Zuwachsraten, die mit Sicherheit in Zukunft nicht mehr erreicht werden können.

Im Kapitalismus mit der ihm eigenen Art und Weise der Fremdfinanzierung ist das Nichterreichen der erforderlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten allerdings nicht gleichzusetzen mit einem prozentual parallel verlaufenden Verfall der Gesamtwirtschaft. Wenn auch tendenziell rückläufig, hält selbst in Zeiten der Rezession die für die Aufrechterhaltung des Systems und für weiteres Wachstum unerläßliche Akkumulation von Geldkapital an. Vor allem die von den Vermögensbesitzern vereinnahmten Zinserträge bleiben weitgehend unangetastet und werden zur Wiederanlage als Geldkapital verwendet. So betrug 1995 die Geldvermögensneubildung in der BRD, einschließlich der wiederangelegten Zinsen immerhin noch 234 Mrd. DM (Der Tagesspiegel vom 18. Juli 1996). Weil in Zeiten der Rezession Neuinvestitionen in großem Umfang auf spätere Zeiten verschoben werden, dienen diese Geldkapitalzuwächse (fresh money) allerdings nicht mehr der Realakkumulation, sondern fungieren weitgehend als Betriebsmittel zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Produktionskapazitäten und als Finanzierungsquelle für die defizitären, durch Fördermittel und Steuervergünstigungen überstrapazierten Staatshaushalte. Die Verschuldung von Wirtschaft, Staat und Privatpersonen wächst weiter an, obwohl das Sozialprodukt stagniert oder zurückgeht. Die Zinslasten erhöhen sich entsprechend, Konkurse und Arbeitslosigkeit steigen an. Der gesamtwirtschaftliche Abschwung gewinnt weiter an Fahrt. Die zunehmende Marktverengung ist unabwendbar. Durch noch soviel Rührigkeit, Gewandtheit und Initiative kann niemand dieser Gesetzmäßigkeit entgehen. Der Zusammenbruch des Systems ist vorgegeben und durch nichts aufzuhalten (vgl. das Urteil der BHG vom 7. Februar 1952, NJW 1952, S. 392ff. zu der der kapitalistischen Zinsdynamik vergleich-

baren Wachstumsproblematik des sogenannten Schneeballsystems).

Es muß mehr als verwundern, wenn trotz ihrer nicht zu übersehenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und Folgen die Wechselwirkung von Zins, Wachstum, wirtschaftlichem Aufschwung und Abschwung in der volkswirtschaftlichen und gesellschaftskritischen Literatur – wenn überhaupt – nur als Marginalie erörtert wird, ohne daß Konsequenzen hinsichtlich der Notwendigkeit einer verschuldungsfreien und wachstumsunabhängigen Volkswirtschaft gezogen werden. Ein Grund hierfür mag sein, daß die vom Club of Rome thematisierten Grenzen des Wachstums noch nicht in allen Köpfen, auch der Wissenschaftler, fest verankert sind. In der BRD kommt hinzu, daß das der sogenannten Marktwirtschaft zugeschriebene »Wirtschaftswunder« der fünfziger, sechziger und teils auch noch der siebziger Jahre zu einer Wundergläubigkeit geführt hat, von der bis heute selbst noch breite Schichten der Intelligenz erfaßt sind. Dagegen anzugehen, wird von ihnen weitgehend als Häresie empfunden.

Seit aber Anfang der neunziger Jahre die Massenarbeitslosigkeit zu einem immer größeren volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problem geworden ist, hätte es zumindest bei den Wirtschaftswissenschaftlern einer kritischen Analyse bedurft, warum das »Wirtschaftswunder« von einst in sich zusammengefallen ist und die Marktwirtschaft als ökonomisches Allheilmittel ihren Glanz verloren hat. Dabei ist das »Wirtschaftswunder« und was dahinter steckt, leicht zu erklären.

In den ersten Nachkriegsjahren ergaben sich als Folge des zwischenzeitlich eingetretenen, aber noch ungenutzten technischen Fortschritts und dessen breiter Anwendung hohe Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität. Der Bedarf an neuartigen Gebrauchsgütern und Gütern des täglichen Bedarfs war enorm. Dies führte zu hohen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten, denen in der BRD als Folge der Währungsreform von 1948 und der Abwertung des vagabundierenden Geldkapitals nur geringe Zinslasten gegenüberstanden. So konnte das volkswirtschaftliche Wachstum weitgehend in Lohnsteigerungen umgesetzt werden, die auf der Lohn- und Käuferseite zu immer neuen Bedarfsanregungen führten. Zugleich ergaben sich für die Betriebe ausreichende Spielräume zur Eigenfinanzierung, die einen relativ hohen Stand erreichte. Dies steht im unübersehbaren Gegensatz zur Gegenwart, wo die Verschuldung der Betriebe Lohnsteigerungen praktisch ausschließt, wenn die betriebliche Verschuldung nicht noch weiter ansteigen soll. Die Nachfrage sinkt, die betrieblichen Kapazitäten können nicht mehr ausgelastet werden. Die Zahl der benötigten Arbeitskräfte geht zurück. Die Spirale des Abschwungs setzt sich unaufhaltsam in Bewegung.

Wenn das Wachstum der Betriebe die Zinslasten nicht mehr übersteigt, ist naturgemäß für eine Erhöhung der Löhne kein Spielraum. Solange dieser Zustand andauert, bleibt das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch die die Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten, die nicht mehr ausgeglichen werden, immerwährend gestört. Damit offenbart sich das Grundübel der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung: Es ist das mit

»Die Marktlösung besteht ... darin, daß die Beschränkung des Einsatzes von Ressourcen den Profit entstehen läßt. Unterbeschäftigung ist somit das der Existenz von Käufermärkten korrespondierende Funktionsprinzip des Kapitalismus.«

Hajo Riese: Geld: Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 57.

wachsender Verschuldung zunehmende Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, das chronische Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage hinter dem Angebot. Es handelt sich um ein inneren Gesetzmäßigkeiten folgendes Phänomen, das nur temporär durch hohes Wirtschaftswachstum oder Neuverschuldung übertüncht werden kann. Langfristig führt es zu Massenarbeitslosigkeit und schließlich kommt es zur Selbstblockade der Wirtschaft, die jede dauerhafte wirtschaftliche Erholung ausschließt. Da hilft kein »Bündnis für Arbeit«, keine Senkung der Lohnnebenkosten, kein Sozialabbau, kein Lohnstopp oder gar ein Lohnverzicht. Wirtschaftliches Gleichgewicht ist nur zu erreichen, wenn Produktion und Löhne wertmäßig ausgeglichen einander gegenüberstehen und keine das Gleichgewicht störenden Fremdfaktoren einwirken, wie es nun einmal die Zinslasten sind.

Angesichts der Höhe der alle kapitalistischen Volkswirtschaften überziehenden Zinslasten sind keine realen Möglichkeiten mehr gegeben, den weiteren weltweiten wirtschaftlichen Abschwung aufzuhalten und ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Ohne ausreichende Kaufkraft keine Auslastung der Betriebe. Die Zinsfalle hat zugeschnappt. Aus ihr gibt es kein Entrinnen. Nur die Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft verbleibt als einziger Ausweg.

Im chronischen Nachhinken der Nachfrage gegenüber dem Angebot liegt auch der Ansatzpunkt für die Theorie des »deficit spending« von John M. Keynes (1883-1946). Mit Hilfe von staatlicher Neuverschuldung sollen Beschäftigungsprogramme finanziert werden, die als »Anstoß« für wirtschaftliches Wachstum dienen. Mit dem auf diese Weise angestrebten Wachstum soll dann die Neuverschuldung zurückgeführt werden. Die Wahrheit ist, daß Beschäftigungsprogramme dieser Art noch nie zur anschließenden Verringerung der Staatsverschuldung geführt haben. Dies ist auch natürlich, weil die staatliche Neuverschuldung über die sich dadurch erhöhenden Zinslasten selbst wieder wachstumsmindernd wirkt.

Die wahre Ursache des wirtschaftlichen Ungleichgewichts im Kapitalismus sind also die vorhandenen Zinslasten. Deshalb kann auch nur eine neue Wirtschaftsordnung helfen, die auf die den Kapitalismus beherrschende Kredit- und Zinswirtschaft verzichtet. Soll weltweit eine Wende zum Besseren erreicht werden, ist eine totale Entschuldung aller Volkswirtschaften unverzichtbar. Zugleich müssen unabdingbar auch die Rechte an Grund und Boden neu geordnet werden, weil dieser Bereich in jeder kapitalistischen Spätphase zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung immer stärkeren Ausbeutungscharakter gewinnt (vgl. »Wohnungskatastrophe, Ursachen und Auswege«, in: Sozialismus 2/94).

Das kapitalistische Finanzierungssystem ist wegen der zugrunde liegenden Zinsmechanik wachstumsabhängig. Ist das für seine Aufrechterhaltung erforderliche Wachstum nicht mehr erreichbar, muß sich jede Spar- und Konsolidierungspolitik kontraproduktiv auswirken. Das Gegenteil von dem, was beabsichtigt ist, wird eintreten. Kaufkraft und Investitionen werden zwangsläufig zurückgehen und den Abwärtstrend beschleunigen. Allein die Aufgabe des

»Die makroökonomische Wirkung des Transfers aus öffentlichen Kassen zu privaten Geldvermögensbesitzern hängt davon ab, wie die aufgenommenen Kredite verwendet worden sind: konsumtiv oder investiv... Steigt nämlich die makroökonomische Produktivität (beispielsweise als Folge von Investitionen in die Infrastruktur), dann wächst auch das soziale Mehrprodukt. Profite steigen und mit ihnen die Akkumulation von Kapital, so daß mit der Beschäftigung auch Lohnneinkommen zunehmen. Dies alles erhöht die Staatseinnahmen, so daß die Bedienung der Schulden kein Problem bereiten sollte. Mit anderen Worten: Die Wirkung der Staatsverschuldung hängt auch von der Verwendung ab. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat demzufolge nicht per se eine negative Wirkung.«
Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 176.

gegenwärtig angestrebten Sparkurses und höhere Lohnabschlüsse (ein kräftiger Schluck aus der Pulle) unter Inkaufnahme einer moderaten Inflation könnten kurzfristig die Konjunktur nochmals etwas ankurbeln. Das kapitalistische System aber ist auch dadurch nicht mehr zu retten.

Es versteht sich von selbst, daß die Betreiber und Nutznießer des kapitalistischen Systems, das ihnen Macht, Reichtum und Einfluß gewährt, sich bis zum Letzten gegen die Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft sperren werden. War das System in der Vergangenheit in Bedrängnis geraten, wurde der Ausweg vielfach in einer Währungsreform gesehen. Die Reichen haben es dabei immer wieder in wundersamer Weise verstanden, durch bevorzugte Behandlung ihrer Besitzstände ihre Macht und ihren Einfluß zu wahren. Davon abgesehen ist eine dauerhafte Abhilfe auf diese Weise nicht zu schaffen. Die Zinslasten würden nach einer Währungsreform bei Beibehaltung des Systems zwangsläufig von neuem ansteigen und zu gegebener Zeit wieder in einen wirtschaftlichen Abschwung münden, wenn die auflaufenden Zinslasten erneut durch Wirtschaftswachstum nicht mehr kompensiert werden können.

Was eine neue Wirtschaftsordnung bewirken muß, ist klar: Die am Ende jede Volkswirtschaft schwächenden und ruinierenden Elemente des kapitalistischen Finanzierungs- und Wirtschaftssystems müssen eliminiert werden. Die Quellen für »mühevolle« Einkünfte sind für alle Zeiten zu verstopfen. Ziel muß es sein, eine zukunftsorientierte, wachstumsunabhängige und verfallssichere Wirtschaftsordnung einzurichten.

Das kapitalistische System aufrecht zu erhalten, aber so zu reformieren, daß seine immer wiederkehrenden, die breiten Massen der Bevölkerung benachteiligenden Folgen unterbunden werden, ist illusorisch. Daran ist die Sozialdemokratie bis heute gescheitert. Kapitalismus bleibt Kapitalismus, bleibt ein Ausbeutungssystem mit immer gleichem Ausgang. Durch die am Ende das Wachstum der Produktion zwangsläufig übersteigende Zinsdynamik ist das Scheitern der zugrunde liegenden Wachstumsideologie unausweichlich. Folgerichtig stellt das Ahlener Programm der CDU (Februar 1947) fest: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch ... kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.«

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg oder das Scheitern jeder Wirtschaftspolitik ist die richtige Beantwortung ökonomischer Grundfragen. Nur ökonomischer Sachverstand und der feste Wille der Handelnden – ungeachtet der unterschiedlichen, auf sie einwirkenden Einzel- und Gruppeninteressen –, nur dem Gemeinwohl dienende Lösungen zu finden, kann weiterhelfen. Dies setzt voraus, daß die ökonomischen Prinzipien, die Grundlage der in Aussicht genommenen Wirtschaftsordnung werden sollen, kritisch, aber ideologiefrei betrachtet und begründet werden.

Diese Aufgabe darf weder Philosophen, Soziologen, Historikern noch Theologen überlassen werden, sofern sie nicht aus eigenem ökonomischen Sachverstand einen Beitrag leisten können. Darauf

»Die menschliche Gesellschaft kann nicht überleben, wenn sie kapitalistisch bleibt. Nur wenn man die kapitalistische in eine sozialistische Gesellschaft umwandelt, kann das Überleben von Mensch und Natur gesichert werden. Daher bestreitet Marx, daß es sich bei der Frage des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft um ein Problem von Werten oder Werturteilen handelt; es ist vielmehr strikt das Problem einer Zweck-Mittel-Beziehung, die von der Notwendigkeit des Überlebens der Menschheit her entwickelt wird. Die Notwendigkeit dieses Übergangs ergibt sich daher bei Marx nicht aus einer Wertrationalität, sondern vielmehr aus der Zweckrationalität des Willens zum Überleben.« Franz J. Hinkelammert: Kritik der utopischen Verunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern und Mainz 1994, S. 19/20.

hinzuweisen erscheint notwendig in einer Zeit, wo die Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bloßliegen, die wirtschaftswissenschaftlichen Fachgelehrten – aus welchen Gründen auch immer – die kritische Auseinandersetzung scheuen, und vielfach statt dessen Philosophen und Soziologen mit Inkompetenz das große Wort führen.

Am Ende werden es aber nicht nur die Ideen sein, die über den Wert und die Kraft einer wirtschaftlichen Neuordnung entscheiden, sondern die Leute, die sich ihrer bemächtigen. Es kommt darauf an, daß Wort, Denken und Handeln übereinstimmen.

»Wenn die kapitalistische Gesellschaft nicht mit dem menschlichen Überleben vereinbart werden kann, ist sie unmöglich. Folglich gibt es auch keine ethische Verpflichtung, die dazu zwingt, die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten.«
Franz J. Hinkelammert: Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern und Mainz 1994, S. 20.

Das, was als »soziale« Marktwirtschaft ausgegeben wird, identifizieren deren Protagonisten mit Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit schlechthin. Es wird mit voller Absicht der Eindruck erweckt, als ob jede andere Wirtschaftsform Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ausschließe oder in Frage stelle. Verdrängt wird dabei die unübersehbare Tatsache, daß in breiten Kreisen der Bevölkerung nur deshalb Politikverdrossenheit vorherrscht, weil die Bürger sich von den Politikern und Parlamentariern nicht mehr mit ihren Interessen vertreten fühlen. Es besteht zunehmend der Eindruck, daß gegen die Interessen der breiten Masse regiert wird.

Ob ein solcher Zustand noch vom Begriff »Demokratie« gedeckt wird? Dabei gibt es genug Möglichkeiten, das parlamentarische System so zu ändern, daß es tatsächlich volksverbunden und bürgernah ist. Durch entsprechende Modalitäten (Begrenzung der Möglichkeit der Wiederwahl) könnte das Entstehen der Kategorie »Berufspolitiker« verhindert werden, die, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden, versucht sind, sich in ihrem Abstimmungsverhalten den Meinungsführern der jeweiligen Partei unterzuordnen, statt nach eigener Überzeugung zu entscheiden, wie es das Grundgesetz vorsieht. Zu denken wäre auch daran, die Abgeordneten, wenigstens zum Teil, als Vertreter gesellschaftlicher Gruppen ins Parlament zu entsenden oder zu wählen, anstatt die Auswahl der Kandidaten allein den Parteien zu überlassen.

Dem Freiheitsbegriff der marktwirtschaftlichen Ordnung ist entgegenzuhalten, daß Freiheit dort eingeschränkt wird oder gar endet, wo Ausbeutung beginnt. Es ist unbestritten, daß in der BRD wie auch anderswo die Einkommensschere zwischen arm und reich sich immer weiter öffnet (vgl. WSI-Mitteilung 10/1995, S. 605 ff). Der wahre Grund hierfür liegt im beschriebenen Zinsmechanismus, dessen Zwängen sich Wirtschafts- und Steuerpolitik unterordnen. Zinsen belasten die Bürger nicht nur bei eigener Verschuldung. In allen Preisen einschließlich der Mieten bis hin zu den Gebühren und Tarifen der Versorgungsbetriebe sind Zinsanteile enthalten ebenso wie in der Besteuerung durch die öffentlichen Hände, soweit damit deren Verschuldung abgewälzt wird. Insofern die sich so summierende Zinsbelastung der Bürger höher ist als eigene Zinseinkommen – und dies gilt für den übergroßen Teil der Bevölkerung –, heißt dies nichts anderes, als daß diese Bürger zugunsten der Zinsgläubiger ausgebeutet werden (vgl. Creutz: Wie reich sind die Deutschen, in: Sozialismus, Heft 12/94). Wer wegen Überschuldung an der Pfändungsgrenze lebt, sitzt schließlich in einem »Schuldturm«, aus dem er sich selbst in aller Regel nicht mehr

befreien kann. Das ist die tragische Schattenseite der vielgerühmten Freiheit der marktwirtschaftlichen Ordnung, die sich schließlich in ihr Gegenteil verkehrt.

Wenn in das, was die vielbeschworene Rechtsstaatlichkeit dieser Ordnung ausmacht, auch die Beachtung der verfassungsmäßigen Grundlagen (Sozialstaatsgebot Art. 20 I GG) einbezogen wird, müssen große Zweifel angemeldet werden, ob die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, Arbeitsbesitzer und Arbeitslose unter Berücksichtigung des fortschreitenden Sozialabbaus einer verfassungsmäßigen Überprüfung standhält. Der Zinsmechanismus gebiert faktisch die Diktatur des Kapitals. Formale Rechtsprinzipien, wie der Schutz des Privateigentums, werden unter Berufung auf Rechtsstaatlichkeit als Mittel benutzt, Recht in Unrecht zu verkehren und eingetretenes Unrecht zu verfestigen. Massenarbeitslosigkeit, Lohndrückerei, Sozialabbau, steuerliche Ungerechtigkeit und unbezahlbare oder überteuerte Mietwohnungen sind eklatante Beispiele offenkundiger Ungerechtigkeit.

Das Menschenbild der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das des freien Bürgers, der in seinem Streben nach Reichtum, persönlichem Glück und wirtschaftlicher Macht praktisch keinen Beschränkungen unterworfen ist. Nicht auf Gemeinsinn und christliche Grundwerte aufbauende Arbeit zum Wohle des Gemeinwesens ist der Antrieb des heutigen Wirtschaftslebens, sondern die Gier nach Geld, Reichtum, Macht und Einfluß. Es ist der Tanz um das goldene Kalb mit neuen Göttern. Das weitgehend überflüssige kapitalistische Finanzierungssystem mit seinem aufgeblähten Apparat kostet jährlich Hunderte von Milliarden DM nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Gesellschaft. Das durch Sparen in der BRD angesammelte Geldkapital von etwa 4,5 Billionen DM ist längst angelegt und verbraucht. Als Investitionskapital steht es nicht mehr zur Verfügung. Auch Investitionsanreize gehen von ihm nicht mehr aus. Es gleicht einem Luftschloß. Übriggeblieben sind die Zinsforderungen der Gläubiger, die das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben im Würgegriff halten.

Alle Bekenntnisse zur Achtung der menschlichen Würde entlarven sich in der Tageswirklichkeit als Heuchelei, wenn immer größere Teile der Bevölkerung in Armut versinken und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das Mittel, die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit trotz objektiv zunehmenden sozialen Unrechts bei der Stange zu halten, sind künstlich aufgebaute, überzeichnete oder verfälschte Feindbilder, die im Gegensatz dazu die Verhältnisse im eigenen Land geradezu als paradisisch erscheinen lassen.

Wenn es zutrifft – und durchgreifende Einwände dagegen sind nicht zu erkennen –, daß die Kredit- und Zinswirtschaft die Wurzel allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Übels von heute ist, muß an ihre Stelle ein anderes Finanzierungsmodell treten. Es geht um soziale Gerechtigkeit in einer prosperierenden Volkswirtschaft.

Wer nach einer Alternative sucht, kommt an einer Diskussion über einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz nicht vorbei. Mit einer Finanzierung der Volkswirtschaft ausschließlich über Umlageverfahren, Steuern und Abgaben kann ein sozialistisches Wirt-

schaftssystem wachstumsunabhängig und verfallssicher gestaltet werden. Weg von der auf Egoismus aufbauenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihren gesellschaftszerstörerischen Mechanismen zu einer Gesellschaftsform, die auf Gemeinsinn und Mitmenschlichkeit setzt. Sollte nicht doch – wie von vielen tüchtigen Geistern immer wieder beschworen – Sozialismus die einzige Chance für einen zukunftssicheren Neubeginn und ein friedvolles Zusammenleben der Völker sein? Wie aber muß ein solcher Sozialismus aussehen und wie soll er funktionieren? Das aber ist ein anderes Thema, das einer gesonderten Betrachtung bedarf.

»Dem Kapitalismus ist es höchst gleichgültig, was die Menschen einschließlich der Wissenschaft von ihm denken. Sie bleiben desungeachtet seinen Funktionsbedingungen ausgeliefert. Und das ist die List der Geschichte, die wir zu akzeptieren haben.«
Hajo Riese: Geld: Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 61/62.

Gewinnsucht, Machtbesessenheit und das Bangen um Wohlstand vorgaukelnde Besitzstände machen es schwer, Argumenten wirtschaftlicher Vernunft Gehör zu verschaffen. In der Forderung nach immer mehr wirtschaftlichem Wachstum als letztem Rettungsanker sind sich die Betreiber und Verfechter der derzeitigen marktwirtschaftlichen Ordnung einig. Dies drängt Fragen auf, die es unablässig und mit großem Nachdruck in die Diskussion einzuführen gilt, bis die Stimme der Vernunft sich als stärker erweist: Warum braucht die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu ihrer Aufrechterhaltung stetiges wirtschaftliches Wachstum? Wie hoch muß die jeweils erforderliche Wachstumsrate sein? Können bei realistischer Einschätzung die jeweils erforderlichen Wachstumsraten derzeit und in überschaubarer Zukunft noch erreicht werden? Welche gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen ergeben sich, wenn die erforderlichen Wachstumsraten nicht mehr erreicht werden? Von der Beantwortung dieser Fragen und den daraus zu ziehenden Folgerungen hängt es ab, ob die Welt einer friedvollen, lebenswerten Zukunft entgegengeht oder die Vision der Apokalypse reale Konturen annimmt.